

Evangelische Verantwortung

Die 4. Weltfrauenkonferenz: Aktion für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden

Claudia Nolte

In wenigen Wochen beginnt in Peking die 4. Weltfrauenkonferenz. Sie steht unter dem Motto „Aktion für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Damit bildet sie für mich den vorläufigen Höhepunkt einer Reihe von Weltkonferenzen, die deutlich gemacht haben, daß die weltweite Stärkung der Frauenrechte eine unabdingbare Forderung der Völkergemeinschaft ist. Ohne eine Verbesserung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe der Frauen läßt sich Politik in keinem der für die Zukunft der Menschheit so entscheidenden Bereiche erfolgreich gestalten.

Die Benachteiligung von Frauen zeigt sich in den verschiedenen Ländern und Regionen auf sehr unterschiedliche Weise. Die Weltfrauenkonferenz wird sich diesen Problemen und Benachteiligungen besonders zuwenden und Lösungsstrategien entwickeln und einfordern müssen. Es

wird der nicht einfache Versuch unternommen werden, sowohl die Interessen der Frauen aus den Industriestaaten zu berücksichtigen, bei denen es in einem bereits weit fortgeschrittenen Prozeß vor allem um die gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe geht als auch die Belange und Forderungen der

Frauen - und das ist die Mehrheit -, die mit allen Kräften darüber hinaus gegen Armut kämpfen müssen. Für sie ist die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Gesundheitsvorsorge oft noch eine ferne Utopie.

Mit der Zusammenführung der Ergebnisse des Umweltgipfels in Rio 1992, der Menschenrechtsweltkonferenz in Wien 1993, der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, des Sozialgipfels in Kopenhagen im März dieses Jahres im Abschlußdokument der 4. Weltfrauenkonferenz soll, wie Gertraude Mongella, die Generalsekretärin der Peking Konferenz, ihren Anspruch formulierte, „das Schlüsseldokument für die soziale Entwicklung im 21. Jahr-

hundert“ geschaffen und damit wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Menschen vorgenommen werden.

Recht auf Selbstbestimmung

Das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung und die Verbesserung ihrer politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Situation sind nicht nur Voraussetzungen für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für die Gewährleistung der Menschenrechte an sich. Dies sind vielmehr auch notwendige Grundlagen für die nachhaltige, erfolgreiche Wirkung z.B. aller Bevölkerungs- und Entwicklungsprogramme.

Weltweit haben insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten die Frauen durch ihre Aktivitäten, durch beständiges und zähes Ringen dazu beigetragen, daß ihre Situation ins Blickfeld gerückt wurde, daß das Gebot der Gleichberechtigung und Förderung von Frauen von der Staatengemeinschaft



Themen- schwerpunkt Frauen

Beiträge von:

Monika Baumhauer 4

Ulrike Krause 7

anerkannt wurde. Auf dieser Grundlage gilt es, in Peking die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Situation von Frauen zu richten und für die nach wie vor vorhandenen Ungleichgewichte zwischen den Geschlechtern zu sensibilisieren. Die Hindernisse für die rechtliche, ökonomische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung von Frauen sind zu benennen und vor allem Maßnahmen zu deren Beseitigung zu formulieren. Von Peking muß ein Signal ausgehen für Gleichberechtigung, für Entwicklung und Frieden.

Signalwirkung für Gleichberechtigung?

Dem Abschlußdokument dieser Konferenz wird dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Der Entwurf für die Aktionsplattform mit seinen über 350 Paragraphen in 12 Schwerpunktgebieten wird diesen hohen Anforderungen allerdings noch nicht gerecht. Er läßt zu vieles noch offen: die Möglichkeit, durch zähes Ringen und harte Detailarbeit in Peking das Schlüsseldokument zu werden, aber auch die Möglichkeit, hinter das bisher Erreichte zurückzufallen. Grundsätzlich strittig sind nach wie vor zum Beispiel wichtige Passagen zu Menschenrechten, zu Fortpflanzungsrechten und Fortpflanzungsgesundheit, zu Bildung und Ausbildung.

Für mich hat die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen als integraler Bestandteil der unteilbaren, unveräußerlichen und universalen Menschenrechte in Peking Priorität. Ohne die Wahrung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen ist Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern nicht zu erreichen.

In der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen** heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander in Brüderlichkeit begegnen.“ Dies ist bindendes Völkerrecht. Die Achtung der Menschenrechte ist also keine Gnade, Staaten, die dies nicht akzeptieren, maßen sich Rechte an, die ihnen nicht zustehen.

Die Wahrung der Menschenrechte ist eine Grundvoraussetzung für die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Menschenrechte unterliegen keinen religiösen kulturellen oder traditionellen Einschränkungen.

(Bundesministerin Claudia Nolte, 9. Juni 1995)

Für mich geht es in Peking nicht nur darum, sich auf die Formulierungen der Menschenrechtsweltkonferenz zu beziehen. Wir müssen diese bestärken und konkrete Strategien entwickeln, damit Regierungen und Institutionen ihre **Bemühungen verstärken, die Menschenrechte von Frauen und Mädchen zu schützen und zu fördern.** Geschlechtsspezifische Gewalt und alle Formen der sexuellen Belästigung und Ausbeutung sind unvereinbar mit der Würde des Menschen, sind Menschenrechtsverletzungen, die bekämpft werden müssen. Dazu gehören insbesondere: Vergewaltigungen, Frauenbeschneidungen, vorgeburtliche Selektion je nach dem Geschlecht des Kindes, Zwangsabtreibungen, Zwangssterilisationen, gesetzliche Vorgaben der Geburtenkontrolle und der Zwang zur Prostitution.

Vor diesem Hintergrund ist die Auswahl des Tagungsorts der Konferenz alles andere als frei von Problemen. Uns liegen verschiedene Berichte über Menschenrechtsverletzungen in China vor.

Amnesty international weist immer wieder auf die Menschenrechtssituation in China hin. Nach dem jüngsten Bericht werden chinesische Frauen „jahrelang eingesperrt, weil sie an der Demokratiebewegung beteiligt waren, werden belästigt und verfolgt, weil sie sich für Menschenrechte einsetzen, müssen als Strafe für politische Verbrechen Zwangsarbeit leisten, werden in Haft abscheulich gefoltert und sexuell mißbraucht.“

In meinem Gespräch mit der Vizepräsidentin des chinesischen Volkskongresses und Vorsitzenden des All-China Frauenverbandes, Frau Chen Muhua, habe ich mich entschieden gegen die Diskriminierung von Mädchen sowie die Einkindpolitik mit Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen als eklatante Menschenrechtsverstöße gewandt und meine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die Konferenz positive Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in China insgesamt haben wird.

Fragen der Menschenrechte werden die 4. Weltfrauenkonferenz in ganz besonderem Maße prägen. Dabei wird sich jedes einzelne Land - nicht nur China - kritisch fragen müssen, wie es selbst mit Gleichberechtigung und Menschenrechten umgeht.

Für die Bundesregierung steht fest, daß die Aktionsplattform von Peking auf den Ergebnissen von Rio, Wien, Kairo und Kopenhagen aufbauen muß. Die auf diesen Konferenzen von der Staatengemeinschaft im Konsens akzeptierten Grundsätze müssen jetzt auf der Weltfrauenkonferenz in konkrete Handlungsstrategien umgesetzt werden. Das gilt für mich nicht nur für die Menschenrechte, sondern auch z.B. für die in Kairo erreichte Übereinkunft über Fortpflanzungsrechte und Fortpflanzungsgesundheit oder die in Kopenhagen vereinbarte 20:20 Regelung in der Entwicklungspolitik. Dabei geht es darum, daß interessierte Industrieländer 20 % der Entwicklungshilfe für soziale Basisdienste wie Grundbildung, Basisgesundheitswesen, Wasser und Nahrung einsetzen. Entwicklungsländer sollen im Gegenzug 20 % ihrer Haushaltsmittel für dieses Ziel aufwenden. Wenn diese Übereinkunft zu möglichst vielen konkreten Vereinbarungen führt, dann wird sie insbesondere Frauen und Kindern in den Entwicklungsländern zugute kommen.

Frauenförderung in der Entwicklungspolitik

Wir dürfen in unseren Bemühungen um eine aktive Entwicklungshilfe nicht nachlassen. Dabei müssen wir vor allem

solche Projekte fördern, die den Frauen und den Familien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zugute kommen. Frauenförderung gehört nach den Grundlinien der Bundesregierung von 1991 zur Entwicklungspolitik zu deren fachlichen Schwerpunkten. Danach sind die Interessen und Bedürfnisse von Frauen in die Planung und Durchführung aller Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Die Bereitschaft der Bundesregierung, die Entwicklungszusammenarbeit auch als Instrument der Frauenförderung zu nutzen, kann aber nicht im Alleingang zu konkreten Verbesserungen führen. Notwendig ist die Kooperation der Regierungen der Partnerländer. Sie müssen in der Auswahl und Umsetzung von Entwicklungsvorhaben sowie insbesondere in ihren Gesetzen und im Verwaltungshandeln darauf eingehen.

Gleichberechtigung auch in Deutschland vorantreiben

Das Motto „Aktion für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ bedeutet für mich, alles dafür zu tun, die Ergebnisse früherer Weltkonferenzen in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir aber die Zustimmung aller an dieser Konferenz beteiligten Staaten und dies wird, wie die Erfahrungen gerade der jüngsten Vergangenheit zeigen, nicht leicht sein.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ist für mich und für meine Kolleginnen in der Europäischen Union ein zentrales Anliegen.

Im internationalen Vergleich schneiden wir in Deutschland hinsichtlich Bildung und Berufsausbildung von Frauen gut ab. Rechtlich sind Frauen Männern hinsichtlich des Zugangs zu allen Ressourcen gleichgestellt. Dennoch kann auch in Deutschland nicht von einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen gesprochen werden. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Situation der Frauen insbesondere in den neuen Bundesländern, die Vertretung in

parlamentarischen Gremien, in den Parteien, die Stellung von Frauen im Beruf sowie die Einkommenssituation von Frauen, die Situation behinderter Frauen, die Doppelbelastung von Frauen durch Familien- und Erwerbsarbeit verdeutlichen dies beispielhaft.

Der Bericht der Bundesregierung für die 4. Weltfrauenkonferenz nimmt zu diesen und anderen kritischen Punkten klar Stellung. Zum Beispiel stellt er fest: „Das Einstellungsverhalten der Betriebe zeigt deutlich, daß männliche Bewerber um Ausbildungsplätze bevorzugt eingestellt werden.“ Er macht deutlich, daß auch in Deutschland weitere Fortschritte zu mehr Gleichberechtigung dringend notwendig sind. Mit der Grundgesetzergänzung, dem Gleichberechtigungsgesetz, den frauenspezifischen Regelungen zur Arbeitsmarktpolitik und mit der Anerkennung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rente haben wir bereits wichtige Etappen zurückgelegt. Ich wünsche mir, daß wir in diesen Bereichen zu weiteren Fortschritten kommen werden.

Teilweise parallel zur Regierungskonferenz vom 4. bis 15. September 1995 in Peking findet das Forum der Nichtregierungsorganisationen vom 30. August bis 8. September 1995 statt. Zu diesem Frauenforum haben sich 36.000 Personen angemeldet und es gibt rund 5.000 Anfragen für Veranstaltungen oder Stände. Die Behandlung dieses Forums durch das Gastgeberland hat zu Recht in den letzten Monaten zu wachsendem Unmut und weltweitem Protest geführt. Im April dieses Jahres wurde es von China von Peking nach Huairou, rund 50 Kilometer vom Veranstaltungsort der 4. Weltfrauenkonferenz entfernt, verlegt.

Ich habe zu dieser Vorgehensweise Chinas mehrfach eindeutig Stellung genommen. Denn für mich ist der Austausch von Informationen und Meinungen zwischen den Teilnehmerinnen der Regierungskonferenz und des NRO-Frauenforums elementar. Er gehört zur guten Tradition pluralistischer und demokratischer Kultur.

Die Verlegung des Forums der Nichtregierungsorganisationen nach Huairou

ist leider inzwischen nicht mehr zu ändern. Trotz weltweiter Intervention, nicht zuletzt durch die Europäische Union, war die chinesische Regierung nicht bereit, Räumlichkeiten zentral in Peking zur Verfügung zu stellen. Ihre Zusage, die technische Ausstattung und Verkehrsanbindung vom Forum zur Regierungskonferenz zu verbessern, ist für mich nur eine Notlösung. Ich werde mich mit allem Nachdruck weiter dafür einsetzen, daß die chinesische Regierung nun wenigstens ihre Zusagen unbedingt einhält.

Durch die räumliche Trennung ist eine fruchtbare Kommunikation zwischen Forum und Regierungskonferenz zumindest erheblich erschwert. Aus diesem Grund habe ich in die offizielle Regierungsdelegation, weitere Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen und Parlamentarierinnen aufgenommen. Ich werde auch vor Ort alles tun, um mit deutschen Nichtregierungsorganisationen - sowohl denen, die am NRO-Forum teilnehmen, als auch denen, die zur Regierungskonferenz zugelassen wurden - eine möglichst reibungslose Kommunikation sicherzustellen.

Den Dialog fortsetzen

Peking wird aber nur eine Etappe bleiben. Es wird notwendig sein, über die 4. Weltfrauenkonferenz hinaus den in Gang gesetzten Dialog fortzusetzen. Auf einer Konferenz mit den an der nationalen Vorbereitung beteiligten Frauen wollen wir die Ergebnisse von Peking auswerten und diskutieren. Mein Ziel ist es, den Impuls aus der Vorbereitung und aus der Weltfrauenkonferenz auch nach Peking für unsere nationale Gleichberechtigungspolitik zu nutzen. So wird Peking - mit allem was im Vorfeld bereits bewegt wurde - auf jeden Fall auch ein Schlüsselereignis für die Gleichberechtigungspolitik in unserem Land. ■

Anm.:

Claudia Nolte, MdB,
ist Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Vierte Weltfrauen-Konferenz in Peking

Für Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen

Monika Baumhauer

Vom 4. bis 15. September wird in Peking die vierte Weltfrauenkonferenz stattfinden. Parallel dazu wird vom 30. August bis zum 8. September ein Forum von Nichtregierungsorganisationen tagen. Wie ihre Vorgängerinnen 1975 in Mexiko-City, 1980 in Kopenhagen und 1985 in Nairobi sowie die UN-Dekade der Frau 1976-1985 steht die Konferenz unter dem Motto „Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden“.

Sie dient der Überprüfung, inwieweit die in Nairobi proklamierten Forderungen und Strategien umgesetzt worden sind. Sie soll die kritischen Punkte identifizieren, die einer Verwirklichung der drei genannten Ziele entgegenstehen oder sie erschweren und neue Strategien zur Verbesserung der Lebenssituation der Frauen für die internationale Gemeinschaft, für Regierungen und gesellschaftliche Gruppen und Organisationen entwickeln. Diese Strategien sollen in einer Aktionsplattform formuliert und beschlossen werden.

Die Konferenz wird im UN-Rahmen von der Frauenrechtskommission unter Leitung der Generalsekretärin der Frauenkonferenz, Gertrude Mongella aus Tansania, vorbereitet. Auf regionaler Ebene haben Vorbereitungssitzungen der UN-Wirtschaftskommissionen, die ebenfalls von Foren der Nichtregierungsorganisationen begleitet wurden, im vergangenen Jahr stattgefunden. Die Europäische Union hat eine gemeinsame Position erarbeitet.

In Deutschland wurde im Juni 1992 ein nationales Vorbereitungskomitee gegründet, das sich aus etwa 50 Frauen aus den Bundes- und Landesministerien, aus

den kommunalen Gleichstellungsstellen, den politischen Parteien, den Tarifpartnern, den Frauenverbänden und -gruppen, der Forschung und den Medien zusammensetzte, und das die Regierung bei der Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz und der Abfassung des nationalen Berichtes zur Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland unterstützen sollte. Dieses nationale Vorbereitungskomitee bildete 12 Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

1. Männliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland,
2. Eigenständige wirtschaftliche und soziale Sicherung der Frau,
3. Frauen in Führungspositionen und Entscheidungsgremien,
4. Frauen und Medien,
5. Frauen und Forschung,
6. Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit für Frauen und Männer,
7. Frauen und Entwicklungspolitik,
8. Fluchtgründe von Frauen und die Situation der Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik Deutschland,
9. Frauen, Gesundheit, Sexualität und Familienplanung,
10. Frauen im Alter,
11. Frauen und Frieden,
12. Frauen und Umwelt.

Der Regierungsbericht für die Konferenz wurde im Oktober 1994 vom Kabinett verabschiedet und dem Vorbereitungssekretariat der UN zugestellt. Die 12 Arbeitsgruppen haben jeweils Berichte und Empfehlungen erarbeitet, die - allerdings getrennt vom Regierungsbericht - ebenfalls an das Sekretariat gesandt wurden.

Vom 15. März bis zum 17. April 1995 fand in New York die letzte Vorberei-

tungssitzung statt, auf der ein vorläufiger Text der Aktionsplattform als Grundlage der Verhandlungen in Peking formuliert wurde.

Die Weltfrauenkonferenz von Peking vor dem Hintergrund bisheriger UN-Konferenzen

Die dritte Weltfrauenkonferenz in Nairobi wurde zum Abschluß der Internationalen Frauendekade durchgeführt. Zentrale Zielsetzung der Frauendekade war es, den Frauen zu ermöglichen, als gleichwertige Partner am Entwicklungsprozess teilzunehmen. In allen gesellschaftlichen Bereichen: Politik, Wirtschaft, soziale und kulturelle Entwicklung, sollten Frauen nicht nur mitwirken und mitbestimmen, sondern auch an den Erträgen dieser Entwicklung teilhaben. Diese Ziele bestehen unverändert fort. Als Zukunftsstrategie bis zum Jahr 2.000 wurde die Förderung „besonders gefährdeter und unterprivilegierter Gruppen von Frauen“ genannt. Zu diesen Gruppen gehören arme Frauen auf dem Land und in der Stadt, Frauen in von bewaffneten Konflikten bedrohten Gebieten ebenso wie Frauen, die Opfer von Frauenhandel wurden oder Minderheiten bzw. autochthonen Gruppen angehören. Außerdem wurde unter dem Thema „Partizipation am Entscheidungsprozeß“ eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und ihre aktive Teilnahme an Politik und Programmplanung verlangt.

Seit 1992 haben UN-Konferenzen, so die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien, die UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo sowie der Weltgipfel über soziale Entwicklung in Kopenhagen, wichtige Aussagen zur Stellung und zu den Rechten der Frau in der Gesellschaft gemacht. So wurden in der in Rio verabschiedeten Agenda 21 Strategien und Programme zur Durchsetzung der Gleichberechtigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens formuliert. Auch auf der Menschenrechtskonferenz in Wien waren die Gleichberechtigung und die Menschenrechte der Frauen ein Schwerpunkt. Sie forderte die Beendigung jeder Form der Diskriminierung

der Frauen, die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen - auch im Zuge von bewaffneten Konflikten - und die Ausmerzungen von Konflikten, „die sich zwischen den Rechten der Frau und schädlichen Auswirkungen bestimmter traditioneller und üblicher Praktiken, kultureller Vorurteile oder des religiösen Extremismus ergeben.“

Auch auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo spielte die Stärkung der rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stellung der Frau eine zentrale Rolle. Die Verringerung der Armut, eine bessere Ausbildung und mehr Entscheidungsmacht (Empowerment) der Frauen wurde als wesentliche Voraussetzung für die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums anerkannt. Es wurde ein breites Konzept der „reproduktiven Gesundheit“ gegenüber reinen Familienplanungsmaßnahmen durchgesetzt. Abtreibung als Mittel der Familienplanung wurde ausgeschlossen.

Was können UN-Konferenzen leisten?

In Peking werden an der Regierungskonferenz und am NRO-Forum voraussichtlich 30 bis 40.000 Personen teilnehmen, davon über 30.000 am NRO-Forum. Angesichts dieser Teilnehmerzahl und den damit verbundenen Kosten stellt sich die bei UN-Konferen-

zen immer wieder von Politikern und Experten aufgeworfene Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis solcher Großkonferenzen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Bilanz, die die Weltfrauenkonferenz in Nairobi vor 10 Jahren über die Frauendekade gezogen hat. Danach gab es zwar Fortschritte bei der Mitwirkung der Frauen in vielen nationalen Gesellschaften. Die Ziele der Dekade wurden aber nur teilweise und oft sehr unzureichend erreicht. Frauen hatten insbesondere zu wenig am Nutzen der erreichten Entwicklung teil. In Ländern, in denen die Massenarmut zunahm, wirkte sich dies besonders auf die Frauen aus. Außerdem zeigte sich, daß auch dort, wo staatliche Förderinstitutionen eingerichtet und Maßnahmen zur Frauenförderung durchgeführt wurden, deren Wirkung häufig durch zu knappe finanzielle Mittel und Personalausstattung, bzw. durch zu kurze Laufzeiten der Fördermaßnahmen begrenzt blieb. Dennoch gab es nicht nur wichtige Erfolge in einzelnen Bereichen, sondern auch strukturelle Fortschritte.

Zentraler Kritikpunkt an den UN-Konferenzen ist, daß sie zwar wichtige Ziele und Empfehlungen formuliert haben, daß sich die nationalen Regierungen jedoch zu wenig zu konkreten Maßnahmen verbindlich verpflichtet haben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß im UN-Rahmen das Einstimmigkeitsprinzip gilt und die Verwirklichung dieser Empfehlungen eine Veränderung von Machtstrukturen in den einzelnen Staaten mit sich brächte.

Umso wichtiger sind einerseits Institutionen und Mechanismen, die die Umsetzung von Empfeh-

lungen und Verpflichtungen durch die nationalen Regierungen transparent machen und kontrollieren, andererseits ein wachsender politischer Druck durch die öffentliche Meinung und die internationale Zusammenarbeit. Die von den UN-Konferenzen verabschiedeten Empfehlungen sind eine wichtige Bezugs- und Legitimationsbasis für den politischen Dialog und die Schwerpunktsetzung bei der multilateralen und bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Von immer größerer Bedeutung für den Aufbau einer Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern, aber auch einer internationalen Zivilgesellschaft - internationale Beziehungen sind schon längst nicht mehr ein Monopol der einzelnen Staaten und multinationalen Unternehmen - sind die Nichtregierungsorganisationen. Die UN-Konferenzen haben wesentlich dazu beigetragen, daß die NRO durch einen verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch, durch eine Vernetzung zwischen NRO unterschiedlicher Länder und Kulturen und durch die internationale Anerkennung ihrer Rolle neue Impulse, eine zusätzliche Legitimationsbasis, mehr nationale und internationale Öffentlichkeit und damit mehr Wirksamkeit erhalten.

Umgekehrt haben die NRO und hier insbesondere die Frauenlobby - wichtige inhaltliche Anstöße und Beiträge geleistet. Es ist unbestritten, daß ohne den



Druck der NRO die Ergebnisse der UN-Konferenzen dürftiger ausgefallen wären.

Erwartungen und Vorbereitungsstand der Weltfrauenkonferenz

Es wird zuweilen die kritische Frage gestellt, ob die Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern, Regionen und Kulturen nicht zu unterschiedlich seien, als daß gemeinsame Fraueninteressen definiert werden könnten. Die Generalsekretärin Mongella hat hier zu Recht festgestellt, daß insofern eine grundlegende Gemeinsamkeit gegeben sei, als Frauen in Entwicklungsländern, in Indu-

In den regionalen Vorbereitungskonferenzen hat sich gezeigt, daß bei Fragen der Armutsbekämpfung zu Gunsten von Frauen weitgehende Übereinstimmung besteht, auch wenn von NRO-Vertreterinnen aus Entwicklungsländern davor gewarnt wird, die Rolle der Frauen vorwiegend unter ökonomischen Gesichtspunkten zu sehen. Bei Fragen der Gleichberechtigung, die für Frauen aus westlichen Industrieländern im Vordergrund stehen, wie die stärkere Beteiligung der Frauen an Entscheidungs- und Machtprozessen und die Verbesserung der rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung, aber auch in Bereichen wie Gesundheit und Erziehung - soweit diese wesentlich durch sozio-kulturelle Faktoren geprägt werden - gibt es erhebliche

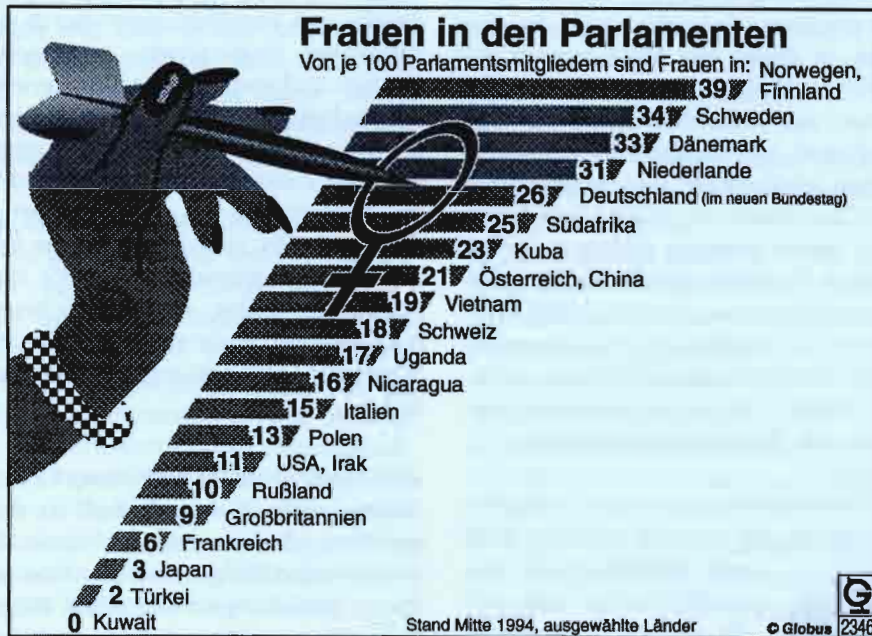
- Ungleichbehandlung beim Zugang zu Erziehung und Ausbildung
- Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen und beim Zugang zu Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge
- Gewalt gegen Frauen
- Auswirkungen von bewaffneten und anderen Arten von Konflikten auf Frauen
- Ungleichbehandlung bei Zugang und Beteiligung von Frauen an der Bestimmung wirtschaftlicher Strukturen und der Wirtschaftspolitik sowie an wirtschaftlichen Produktionsprozessen
- Ungleichbehandlung von Frauen bei der Machtverteilung, bei Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen
- Ineffiziente Mechanismen auf allen Ebenen zur Förderung von Frauen

Die derzeitige Fassung spiegelt einen Vorbereitungsstand wider, der früheren Erwartungen nicht entspricht und eine kontroverse Diskussion in Peking erwarten läßt. Dem Entwurf wird vorgeworfen, daß er die Ergebnisse der regionalen Vorkonferenzen zu wenig berücksichtigt. So wurde z. B. dem Anliegen der Frauen in den Transformationsländern kaum Rechnung getragen. Der jetzige Entwurf von 121 Seiten enthält noch in weiten Teilen strittige Formulierungen. Besonders umstrittene Themen sind „reproduktive Gesundheit“, „Menschenrechte“ und „Gewalt gegen Frauen“, in denen in Kairo bereits Einigkeit erzielt worden war.

Die verschiedenen politischen Gruppierungen wie Europäische Union, G 77 und China, islamische Staaten, Vatikan und einige mittelamerikanische Staaten, konnten sich bisher nicht auf einen Sachkompromiß einigen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Repräsentanten reaktionärer Regime und religiöse Fundamentalisten, die eine offene, von Toleranz und Pluralismus geprägte Zivilgesellschaft ablehnen und um ihre eigenen Herrschaftsprivilegien fürchten, in Fortschritten bei der Gleichberechtigung der Frau eine besondere Gefährdung sehen.

In bezug auf institutionelle und finanzielle Fragen, so die künftige Organisation von Frauenpolitik im UN-Bereich, die Überwachungsmechanismen für die



strielländern und Transformationsländern generell weder in ökonomischer Hinsicht, noch bei der Partizipation an politischen Entscheidungen und gesellschaftlicher Macht Gleichberechtigung verwirklichen konnten.

Obwohl die vorbereitende Frauenrechtskommission ausdrücklich die Gleichwertigkeit der Problembereiche betont, werden voraussichtlich armutsbedingte Probleme der Frauen in den armen Ländern einen breiten Raum einnehmen und der Konferenz in weiten Teilen einen entwicklungspolitischen Charakter geben.

Meinungsunterschiede zwischen Staaten mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und unterschiedlicher kultureller Tradition, aber ebenso zwischen Regierungsrepräsentanten und NRO-Vertreterinnen der einzelnen Länder.

Verhandlungsgrundlage wird in Peking der Entwurf der Aktionsplattform nach dem Stand der Vorbereitungskonferenzen vom März/April in New York sein.

Als Problembereiche werden insbesondere folgende Themen behandelt:
- Die anhaltende und wachsende Armut von Frauen

Aktionsplattform und künftige finanzielle Mittel für Maßnahmen der Frauenförderung, ist der bisherige Entwurf noch unpräzise und unverbindlich.

Der unbefriedigende Vorbereitungsstand liegt auch an der schlechten Vorbereitung durch die UN. So gab beispielsweise die verspätete Fertigstellung des Entwurfs der Aktionsplattform den einzelnen Staaten und Staatengruppen zu wenig Zeit zur Vorbereitung und Abstimmung vor der New Yorker Konferenz. Die Bildung von Verhandlungsgruppen und die Verlagerung der Verhandlungen in informelle Arbeitsgruppen auf der Vorbereitungskonferenz überforderte nicht nur die kleinen Staaten, was zu zahlreichen Vorbehalten zu einzelnen Aussagen im Entwurf führte.

Dies hatte auch zur Folge, daß ein Dialog mit den anwesenden NRO weitgehend nicht zustande kam. Diese Verhandlungspraxis, aber auch die Tatsache, daß in Peking das NRO-Forum 50 km entfernt vom Ort der Regierungskonferenz tagen soll, sowie die lange Unklarheit über die Zulassung von NRO-Vertretern haben bei diesen die Befürchtung geweckt, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten für NRO, die auf den letzten UN-Konferenzen bestanden, wieder eingeschränkt würden. Zu einer gewissen Ernüchterung bei den Frauen-NRO hat die Tatsache geführt, daß in der Vorbereitungsphase für Peking die gemeinsame Front der Frauenlobby, die erfolgreich bei den letzten UN-Konferenzen zugunsten von Fraueninteressen agierte, in dieser Form nicht mehr bestand und unterschiedliche, durch den Entwicklungsstand, regionale Zugehörigkeit und unterschiedliche kulturelle und religiöse Traditionen bestimmte Interessen und Positionen deutlich wurden.

Auch im nationalen Rahmen kam es bei der Vorbereitung zu Unstimmigkeiten zwischen der Bundesregierung und den NRO. Dies lag vor allem daran, daß ursprüngliche Zusagen des Frauenministeriums, die Positionen der Arbeitsgruppen mit in den offiziellen Bericht aufzunehmen, nicht eingehalten wurden und daß der Regierungsbericht vor seiner Verabschiedung nicht dem nationalen Vorbereitungskomitee vorgelegt

wurde. Die Bundesregierung hat jedoch zugesagt, daß sie auf der Konferenz in Peking den Dialog mit den NRO aufrechterhalten und sieben NRO-Vertreterinnen in die offizielle deutsche Delegation aufnehmen wird.

Worauf kommt es in Peking an?

In Peking wird es kontroverse Diskussionen geben. Zunächst muß es das politische Ziel sein, nicht hinter die Ergebnisse vergangener UN-Konferenzen zurückzufallen. Wenn in der jetzigen Vorbereitungsphase für Peking Kompromisse und Empfehlungen, die auf vorangegangenen Konferenzen erreicht wurden, wieder infrage gestellt werden, so zeigt dies, daß die Sicherung des bisher Erreichten auf internationaler Ebene und immer wieder neue Impulse zur Umsetzung auf nationaler Ebene erforderlich sind. Es geht um das Bohren dicker Bretter.

In Peking sollte man aus den Erfahrungen von Kairo lernen. In Kairo haben nur einige wenige kontroverse Fragen - insbesondere das Thema Abtreibung - die öffentliche Diskussion und die Berichterstattung in den Medien bestimmt, während der Konsens über weite Bereiche der Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gelangte. Die Regie und die Teilnehmer der Konferenz von Peking sollten diesen Fehler vermeiden, auch wenn einzelne Staaten versuchen sollten, die Taktik von Kairo zu wiederholen.

NRO-Vertreterinnen haben darauf hingewiesen, daß die Konferenz nur dann in die Zukunft hineinwirken kann, wenn sie eine Vision, eine Botschaft verkündet. Die vierte Weltfrauenkonferenz sollte sich deshalb nicht darauf beschränken, Diskussionen über einzelne Details zu führen. Es sollten weiterführende Strategien entwickelt werden, zu zentralen Themen wie z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder eine Neubewertung der unbezahlten gesellschaftlichen Arbeit von Frauen - ein Thema, das in Nairobi bereits angesprochen, aber seitdem nicht mehr weitergeführt wurde.

Die Konferenz muß die Probleme der Frauen als Teil des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses verstehen. Dann wird es auch keine Scheinalternative bei der Schwerpunktsetzung Gleichberechtigung einerseits und Armutsbekämpfung andererseits geben, denn die notwendige Verringerung der Armut ist nur über eine stärkere Partizipation der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen möglich. Eine isolierte Sicht von Frauenfragen würde den Trend zu einer ideologischen Betrachtungsweise der Rolle der Frau verstärken.

Notwendig für das Wirksamwerden von Empfehlungen und Verpflichtungen dieser und früherer Konferenzen, sind Fortschritte im institutionellen Bereich, insbesondere die Einrichtung eines wirksamen Überprüfungsmechanismus.

Peking sollte die Probleme der Frauen in Transformationsländern aufgreifen, vor dem Hintergrund, daß dort die Frauen von den sozialen Nöten am meisten betroffen sind, vielfach aus dem Berufsleben gedrängt werden und an der gesellschaftlichen Neuordnung zu wenig beteiligt sind.

Die Rolle der NRO - insbesondere auch der Frauen-NRO - beim Aufbau einer Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene, muß auch in Peking anerkannt werden. Dazu gehört, daß auf der Konferenz die Regierungsvertreter mit den NRO einen offenen und konstruktiven Dialog führen und für die notwendige Transparenz des Verhandlungsprozesses sorgen. Die Glaubwürdigkeit der Organisatoren dieser Konferenz und des Gastgeberlandes wird wesentlich davon abhängen, daß sie die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser Dialog möglich wird und die NRO nicht politisch und im Hinblick auf den Tagungsort ins Abseits gedrängt werden. ■

Anm.:

Monika Baumhauer ist Referentin für Recht, Frauen und Umwelt in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kirchen in Solidarität mit den Frauen

Ulrike Krause

Im Februar 1995 haben Mitglieder einer Delegation des Weltkirchenrates bei ihrer Visite in Deutschland zur Mitte der seit 1988 laufenden „Ökumenischen Dekade 'Kirchen in Solidarität mit den Frauen'“ unter die Lupe genommen, was auf dem Weg einer verbesserten Gemeinschaft von Männern und Frauen erreicht wurde und worin Hindernisse bestehen.

Die Teamvisite zur Dekadenmitte ist Anlaß, die ungelöste Frauenfrage zu problematisieren und dabei den historischen Hintergrund der letzten 150 Jahre zu berücksichtigen. Dabei wird deutlich, wie eng Kirche und Theologie mit den jeweiligen Gesellschaftsstrukturen verknüpft sind.

ÖRK als Initiator

Ausgerufen wurde die Dekade im Januar 1987 vom Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖKR, der 1948 gegründet wurde).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im ÖKR in besonderer Weise bewußt, daß die Kirche aus Männern und Frauen besteht und wie sehr sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben alle Glieder braucht. Der Zentralausschuß, dem in seinen Ausschüssen und Programmeinheiten Ordinierte und Laien angehören, wird von der alle sieben Jahre tagenden Vollversammlung (VV) gewählt und tritt jährlich in verschiedenen Kontinenten und Ländern zusammen.

Nach der zweiten VV in Evanston richtete der ÖRK 1954 den „womens desk“ ein, die „Abteilung zur Mitarbeit zwischen Mann und Frau in Kirche und Gesellschaft“. Die Leiterin dieser Frauen-

abteilung ist seit 1991 die Inderin Aruna Gnanadason.

Alle Aufgaben sind erwachsen aus der Schrift sowie den Traditionen und besonderen Nöten der Mitgliedskirchen, deren Zahl sich seit Gründung der ÖRK auf über 300 verdoppelt hat. Die rö-

Man kann das Leben nur rückwärts verstehen, aber man muß es vorwärts leben.

Sören Kierkegaard



aus: Der Gemeindebrief

misch-katholische Kirche gehört dem ÖRK nach wie vor nicht an, entsendet aber seit 1961 Beobachter zu den Vollversammlungen und hat ihrerseits ÖRK-Beobachter beim Vatikanum II zugelassen und stellt Mitglieder für die Kommission „Glauben und Kirchenverfassung“. Ich erwähne das nur, weil auf diesem Hintergrund die Beteiligung der Katholischen Kirche am Programm der Teamvisite in Deutschland besondere Bedeutung gewinnt.

Frauen als Innovationsgruppe

Die Frage nach der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft beschäftigte vor Beginn der Dekade schon den Lutherischen Weltbund (LWB; er besteht seit 1947). Aufgrund ökumenischer Anre-

gungen, als Ursprungsland der Reformation einen Beitrag zu liefern für den Diskurs über die Zusammenarbeit von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen des kirchlichen Dienstes, rief das Deutsche Nationalkomitee des LWB 1973 das Studienprojekt „Frauen als Innovationsgruppen“ ins Leben.

Erstmals untersuchten Expert/inn/en aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel für die Rolle der Frau in Gesellschaft und Kirche gestellt sind. Die Situation der Frauen - und damit auch der Männer - wurde dabei nicht nur als Problemfeld verstanden, sondern als Möglichkeit zu schöpferischen Ansätzen zu deren Lösung, d.h. als Chance für Innovation in Sinne schöpferischer Korrektur verhängnisvoller Entwicklungen.

Die Ergebnisse der zehnjährigen Studienarbeit sind seit 1977 in der Schriftenreihe „Kennzeichen“ publiziert. Deutlich wird daran weniger, was einzelne große Frauen geleistet/bewirkt, sondern vielmehr das, was bestimmte Frauengruppen (z.B. ehrenamtliche Mitarbeiterinnen, Theologinnen im Kirchendienst, Hausfrauen, Schwesternschaften) zur Erneuerung von Kirche und Gesellschaft beigetragen haben bzw. beitragen können.

Der Beitrag der konfessionellen Frauenbewegung in Deutschland

Eigentlich ließe sich die Frage nach diesem speziellen Beitrag in einem Satz beantworten: Die konfessionelle Frauenbewegung ergänzt(e) die politische Emanzipation um die religiöse Komponente. In der Tat haben die konfessionellen Frauenverbände - und hier allen voran der Deutsche Evangelische Frauenbund e.V. (DEF; gegründet 1899) - maßgeblich an der Lösung der Frauenfrage in Gesellschaft und Kirche mitgewirkt.

Als wesentliche Voraussetzung für eine volle Partizipation wurde neben dem

Rederecht auch die Versammlungs- und Organisationsfreiheit sowie das volle kirchliche Stimmrecht angemahnt. Eine volle Teilhabe der Frauen auch an der Leitung der Kirche forderte 1903 bereits der DEF. Die Vorsitzende Paula Mueller begründete in ihrem Vortrag vor dem Internationalen Frauenkongreß 1904 in Berlin ihre Forderung nach dem kirchlichen Stimmrecht für Frauen mit der Gemeinschaft von Mann und Frau in der Ur-Kirche (sie stellte fest, „daß Frauen am Leben Jesu in gleichberechtigter Weise Anteil gehabt hätten, sie seien ihm bis zum Kreuz gefolgt und seien die ersten gewesen, denen der Auferstandene erschienen sei“) und machte die über das aktive Wahlrecht für Frauen mit hinausgehende Forderung nach dem passiven Wahlrecht für Frauen geltend.

Der Beitrag der Kirche(n)

Vertreterinnen der Mitgliedsverbände der EFD waren es von evangelischer Seite hauptsächlich, die 1988 die Anliegen der Ökumenischen Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ aufgriffen. Aber: Die Frauen(verbände), die ja immer schon solidarisch mit ihrer Kirche waren, forderten nun u.a. die Solidarität der Kirchen(Männer) mit Kirchen(Frauen) ein. Der DEF hat sich sehr bald nach Beginn der Dekade am 1. September 88 in einem offenen Brief an die Landeskirchen gewandt und gefragt: Gibt es Überlegungen, und wenn ja, welche, um die Solidarität der Kirche mit den Frauen unter Beweis zu stellen, und wie steht es mit dem Engagement der Kirche für die Frauen in Bezug auf die drei Themenschwerpunkte der Dekade? Dahinter stand die Sorge, daß nun (wieder) die Frauen (-gruppen und -verbände) von den Kirchen in die Pflicht genommen werden, die Dekade zu gestalten. An dieser Stelle war mehr als einmal der Hinweis nötig, daß es sich eben nicht um eine „Frauendekade“ handelt, sondern um eine „Kirchenleitungsdekade“.

Die Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft wird in den USA und in Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts diskutiert, ist aber erst seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts Thema praktisch-

theologischer Forschung in Deutschland.

Die Frage nach dem Zugang für Frauen zu kirchlichen Ämtern wurde zunächst überhaupt nur als ekklesiologisches Problem behandelt und ist in den christlichen Kirchen bis heute nicht einheitlich gelöst: In den USA gibt es in der United Church of Christ/Unitit Babtists die Zulassung seit 1853 und seit 1880 Pfarrerrinnen; in den meisten protestantischen Gliedkirchen der EKD erst seit 1956 (als letzte Landeskirche führte die Evangelisch-Lutherische Kirche von Schaumburg-Lippe 1991 die Frauenordination ein, eine ordinierte Frau ist dort aber bis heute nicht als Pfarrerin im Amt); die römisch-katholische Kirche lehnt die Frauenordination ab und die anglikanische und finnische Kirche befinden sich im Übergang.

Das Problem umfaßt jedoch alle theologischen Disziplinen: In der theologischen Anthropologie kann nicht mehr von einer androzentrischen Bestimmung der Rollenverteilung bei Mann und Frau ausgegangen werden; in der praktischen Theologie ist die Frau nicht mehr nur Objekt von Amtshandlungen, Seelsorge und Diakonie. Die neuen Maßstäbe sind Parteilichkeit statt neutrale Objektivität; es geht um Betroffenheit und Praxisbezüge, um interdisziplinäre Arbeitsweisen, um die Beteiligung von Betroffenen und die Integration feministischer Theologien (die sich als weisheitlich, emanzipatorisch, emotional und kommunikativ-schwesterlich verstehen).

Inzwischen wissen die Kirchenleitungen auch, wie sie mit den Frauen sprachlich so-

lidarisch sein sollen, aber sie wissen (noch) nicht, wie sie mit ihnen mitgehen können. Immerhin: Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich mit den Beschlüssen der Synode in Bad Krozingen 1989 zum Schwerpunktthema „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ die Ziele der Ökumenischen Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ zu eigen gemacht und auf den „ökumenischen Zusammenhang“ der empfohlenen Maßnahmen hingewiesen.

1988 wurde in der Bundesrepublik eine „Ökumenische Projektgruppe zur Dekade“ gegründet. Beteiligt waren daran Vertreterinnen der Evangelischen und Katholischen Frauenverbände sowie der Arbeitsgemeinschaft Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz. 1990 hat die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in Leipzig ebenfalls Maßnahmen empfohlen und eine Arbeitsgruppe mit der Gestaltung und Koordinierung der Dekade-Aktivitäten beauftragt. Ab 1994 wurde die Dekadear-



Frauen setzen sich für ihre Rechte ein (hier bei einer Demonstration in Bonn).

beit in einer neu konstituierten gesamt-deutschen Ökumenischen Projektgruppe weitergeführt. Diese Projektgruppe wird vom Sachreferat des Kirchenamtes der EKD begleitet und mit Mitteln aus dem EKD-Haushalt gefördert.

In der EKD selbst und in etlichen ihrer Gliedkirchen haben sich Synoden mit der längst angemahnten und eingeklagten „Gemeinschaft von Frauen und Männern“ auseinandergesetzt. Vielerorts wurden Frauenreferate und Frauengleichstellungsstellen oder sogar Dekadeausschüsse als landeskirchliche Gremien eingerichtet, die die Verwirklichung der Dekadeziele vorantreiben oder auch kontrollieren sollen.

Aber bei der Dekade geht es nicht (nur) um Gleichstellungsfragen, und den Frauen geht es nicht (nur) um ihre Gleichberechtigung, sondern um eine neue Gemeinschaft von Männern und Frauen. Solidarität wollen sie nicht länger als Almosen in Form von Betreuung empfangen; vielmehr berufen sie sich auch auf die christliche Soziallehre (rerum novarum von 1891!), zu deren drei Prinzipien neben Solidarität auch Personalität und Subsidiarität gehören.

Zwischenergebnisse und Ausblicke

Die Teamvisite zur Dekadenmitte in Deutschland war der 35. von insgesamt 75 geplanten Teambesuchen in aller Welt. Er wird seitens der EKD als eindrückliche Bestandsaufnahme mit zum Teil überraschenden Ergebnissen und als ökumenisches Hoffnungszeichen gewertet, weil es gelungen ist, alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), Ordinierte und Laien und Frauen aus Frauenverbänden und nicht organisierte, zu den Anliegen der Dekade zusammen zu bringen. Die Gruppenbesuche werden in Genf aus- gewertet, bedauerlicherweise wird es aber (vorläufig) keinen offiziellen Bericht vom Teambesuch in Deutschland geben.

Um so mehr durfte man ge-



Die Besuche in aller Welt haben

Die „Ökumenische Dekade 'Kirchen in Solidarität mit den Frauen'“ (1988-98) gibt sich folgende Ziele:

- Frauen zu befähigen, unterdrückende Strukturen in der Gesellschaft weltweit, in ihrem Land und in ihrer Kirche in Frage zu stellen;
- den maßgebenden Beitrag der Frauen in Kirche und Gemeinde anzuerkennen, sowohl durch gleiche Mitverantwortung der Theologie und des geistigen Lebens;
- Perspektiven und Aktionen der Frauen in der Arbeit und im Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verdeutlichen;
- die Kirchen zu bewegen, sich selbst von Rassismus, Sexismus und Klassenstrukturen sowie von Lehren und Praktiken, die Frauen diskriminieren, zu befreien;
- Kirchen zu ermutigen, Aktionen in Solidarität mit den Frauen zu unternehmen.

spannt sein auf die Berichte über die bisherigen Teambesuche, die Aruna Gnanadason bei der Dekadeveranstaltung zum Thema „Ihr habt uns einen Spiegel vorgehalten ...“ am 15. Juni 1995 während des 26. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg gab. Leider waren die Rahmenbedingungen alles andere als günstig, um für dieses Thema eine breite Öffentlichkeit zu begeistern (die Veranstaltung mußte - zum großen Ärger der Dekadegruppe - außerhalb des Messegeländes in einem ungeheizten Veranstaltungszelt auf dem Heiligengeistfeld stattfinden).

Auch darin spiegelt sich ein Ergebnis der Dekade wider: Das Besuchsteam steht in Solidarität mit den Frauen und vermittelt ihnen, das sie (mit ihren Problemen) nicht allein gelassen werden, aber die Beteiligten haben den Eindruck, daß die Dekade von den Kirchen nicht ernst genommen wird.

aber auch gezeigt, daß die Frauen nicht nur in ihrer Kirche/durch ihre Kirche unterdrückt sind. Die Kultur, in der sie leben, wird immer noch als Entschuldigung dafür herangezogen, daß gegen sie Gewalt (physisch, psychisch, ökonomisch, sprachlich) ausgeübt wird. Diese Mechanismen müßten, so Gnanadason, vom Evangelium her in Frage gestellt werden. Sie bezeichnete die 10 Jahre der Dekade als „einen Tropfen in der 2000jährigen patriarchalen Geschichte (der Kirche)“.

Trotzdem: Die Dekade-Frauen lieben ihre Kirche, auch wenn sie nicht mehr nur mit langem Atem, sondern inzwischen mit heilsamer Ungeduld dem entgegensehen, was nach Abschluß der Dekade 1998 kommt. Die internationale Vernetzung von kirchlichen und gesellschaftlichen Themen wird dabei - nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Weltfrauenkonferenz in Peking - eine große Rolle spielen.

Anm.:

Ulrike Krause ist seit 1985 Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Evangelischen Frauenbundes und Schriftleiterin der Zeitschrift „anhaltspunkte“.

„Es ist dir gesagt Mensch was gut ist“ Ein Standteilnehmer berichtet

Gesamtdeutsches Aufeinandertreffen am „Abend der Begegnungen“. Tausende Besucher des 26. Deutschen Evangelischen Kirchentags nehmen dieses Motto am Mittwochabend wörtlich und quetschen sich wohlgelaunt in die U-Bahnen in Richtung Landungsbrücken zwischen Speicherstadt und Fischmarkt. Hautenge Begegnungen, metertief unter der Erde. Das Programmbuch zum Kirchentag (dicker als das Neue Testament, ein 544 Seiten starkes Konvolut) verspricht dem Besucher, nach Verlassen seiner rollenden Ölsardinendose „einen Weg zu Fuß entlang der Elbe schlendern“ zu können. Inmitten der menschlichen Flut, die über die St. Pauli Hafenstraße schwappt, ist die Füße zu bewegen kaum möglich, vielleicht nicht einmal nötig. Zu gerne hätte man von den dargebotenen kulinarischen Leckerbissen aus den nordelbischen Kirchenkreisen probiert, doch die Warteschlangen im Regen sind zu lang.

Die „intensiven Arbeitsphasen des Kirchentages“ (Programmbuch) beginnen – mit Aufbau des Standes auf dem „Markt der Möglichkeiten“ tags zuvor – für die Aktionsgruppen am Donnerstag. Vier Hallen auf dem Hamburger Messegelände sind mit Hunderten von Ständen belegt. **„Viel Geist und Phantasie kann man für sich tanken.“** Ein Jammer, nicht dabei zu sein“, schreibt Pastor Traugott Giesen in der Hamburger Morgenpost vom 17. Juni. Doch die Themen wiederholen sich: Allein 13 Stände propagieren die Suche nach gewaltfreien Wegen mit einem Deutschland ohne Militär.

Für manche sind es zu viele Stände. Schwarz gekleidete, vermummte junge Leute skandieren „Nazis raus!“, verteilen einen Aufruf des „Komitees für soziale Verteidigung“ zur „Rettung Mumia Abu-Jamals“ – eines offenbar zum Tode verurteilten, dunkelhäutigen Amerikaners –, und werfen einen Tisch der Paneuropa-

Jugend, die nach eigenen Angaben für die „Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte“ eintritt, um. Warum dieser Ausdruck besonderen bürgerrechtlichen Engagements (soziale Verteidigung!) gegen Bürgerrechtler? „Das sind Rassisten, die gehören verboten!“, erklärt eine junge Frau die wahre Identität der Paneuropa-Bewegung Otto von Habsburgs. Auch mit Gewalt? „Natürlich, auch mit Gewalt“.

Selig ist, wer moralisch auf der richtigen Seite steht und die Kompetenz hat zu entscheiden, wer nicht dazugehören darf. Ein Schelm, wer glaubt, die „Hamburger Morgenpost“ habe mit der Meldung vom 15. Juni, daß „Paneuropa“ nach Angaben der „Antifa Jugendfront“ rechtsradikale Ziele verfolge, den Auftritt der „Antifaschisten“ programmiert. „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist“, lautet der erste Teil der Losung des Kirchentages. Was nicht gut ist, wird von anderen definiert.

Unter dem Thema **„Wieviel Ordnung braucht der Mensch“** entwickeln sich am EAK-Stand laufend Diskussionen mit vorbeischauenden, einzelnen Kirchentagsbesuchern. Niemand muß lange gebeten werden; es macht Freude, das Staatsbürger-Quiz auszufüllen (es gibt etwas zu gewinnen!) und sich für eine an der großen Tafel vorgegebenen Antworten zur Frage, was Demokratie bedeute, zu entscheiden. Eine knappe Minute benötigt ein junger Mann, bis er seinen Klebepunkt von der Folie abgezogen und auf das Feld mit der Antwort „Nichts“ gedrückt hat. Die meisten dagegen sind nicht nur schneller, sondern geben anderen Inhalten den Vorzug, allen voran: „Menschenrechte für alle“. Zum Thema „Macht“ befragt, „punktet“ die überwiegende Mehrheit auf die Antwort „Gestaltungsmöglichkeit“ – und folgt damit dem Klebepunkt des EAK-Vorsitzenden, Bundesminister Jochen Borchert.

Dank gründlicher Vorbereitung und einer flexiblen Organisation gelingt es im Laufe der drei Tage, zwei Dutzend Bundes- und Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre und Minister zu Gesprächen am EAK-Stand einzuladen. Zu Höhepunkten prominenter Präsenz werden die **Besuche von Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth und Bundespräsident Roman Herzog.**

Macht Ordnung Demokratie? Warum Ordnungen? Bei Kaffee und Keksen stellt sich **Bundesministerin Claudia Nolte** den Journalistenfragen und formuliert ordnungspolitische **Vorstellungen** zu den **Themen Frauen, Familie und Ehe.** Sie sagt, Frauen hätten es auf dem Arbeitsmarkt trotz einer größeren Anzahl von Teilzeitarbeitsplätzen noch immer sehr schwer, besonders im Osten Deutschlands. Frauen müßten das Doppelte leisten, um von Männern anerkannt zu werden. Zu tief säßen die Verhaltensmuster, die hohe Erwerbswilligkeit von Frauen würde nicht für selbstverständlich angenommen.

Frauenförderung sei darum notwendig und schon weit fortgeschritten. Falls der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz von den Ländern nicht erfüllt werde, gingen die Kommunen vor das Bundesverfassungsgericht, meint die Ministerin. Sie prognostiziert, eine Mehrheit für die zeitliche Verschiebung dieses Rechtsanspruches werde es im Bundestag nicht geben.

Frau Nolte lehnt die kirchliche Segnung homosexueller Paare ab. Die Ehe sei „auf Fortpflanzung angelegt“, gleich, ob es wirklich dazu komme. Auch wendet sie sich gegen die Vorstellung einer Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare: „Es ist in die Natur hineingegeben, daß Kinder Vater und Mutter haben“.

Dieses Recht, Vater und Mutter zu haben, gelte selbstverständlich auch für nicht-eheleiche Kinder. Deren Rechtstellung müsse verbessert werden. Es werde darum zu Änderungen im Kindschaftsrecht und zu einem Erbgleichstellungsgesetz kommen. In diesem Zusammenhang wiederholt die Familienministerin ihre Weigerung, nicht-eheleiche Gemeinschaften den Ehen rechtlich gleichzustellen. Nicht darum gehe es, die Stellung der freiwillig auf die Ehe verzichtenden Eltern zu ändern, sondern die der Kinder zu verbessern.

Es gibt so viel zu sehen auf dem Kirchentag, Entscheidung tut not. Dem Interesse für Afrika folgend, geht es zur Hauptkirche St. Michaelis, dem „Hamburger Michel“. Die angekündigte Podiumsdiskussion zum Globalthema „Afrika zwischen Krise und Hoffnung“ zwischen Prof. Bonny Douala M'Bedy, dem Regisseur Peter Krieg und der Grünen-Abgeordneten Ursula Eid entpuppt sich schnell als vollkommene Meinungsübereinstimmung. Ist es Unverständnis des Zuhörenden, oder sind es ganz einfach Widersprüchlichkeiten, die mit Herz und Verve in die viel zu laut eingestellten Mikrophone gesprochen werden? Westliche Demokratieformen paßten nicht auf Afrika, heißt es. Afrika solle seinen eigenen, afrikanischen Weg gehen. Andererseits seien alle Menschen immer und überall gleich, ist zu hören. Findet die Universalität der Menschenrechte nicht am natürlichsten in westlichen Demokratieformen - die im übrigen ganz unterschiedlich aussehen können - ihren Ausdruck? Ist es so abwegig, den tribalistischen Strukturen Afrikas mit einem die kulturelle Individualität bewahrenden, föderalen Demokratiemodell westlicher Provenienz entgegentreten zu können?

Die vom Beifall der Zuhörer begleitete Forderung tönt durch den Lautsprecher, daß Afrika von neo-kolonialer Fremdbestimmung befreit werden und über sich selbst bestimmen müsse. Es sei in der Lage, der Eigenverantwortung für sein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Geschick gerecht zu werden. Im nächsten Satz wird die westliche Welt kritisiert: Sie würde sich von Afrika abkoppeln, die Entwicklungshilfe kürzen, Schuldenmoratorien ablehnen. Wünschen die Gesprächsteilnehmer ein voll alimentiertes, abhängiges Afrika, das zugleich selbstverantwortlich und souverän seine Position im Weltgefüge verbessert?

Goethes Mephisto: „Denn ein vollkommener Widerspruch

bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren“.

Aggressive Töne sind nicht zu vernehmen, der Kirchentag verbleibt in einer Atmosphäre der Harmonie, der Innerlichkeit, der Geborgenheit. Überall, auch in den U-Bahnen, erklingt der 'Sakropop': Es wird gesungen, Gitarre gespielt, Posaune geblasen. Vielen Teilnehmern scheint das sichere Gefühl, der Losung des Kirchenta-

„Demokratie als Verantwortung“

Unter dieser Überschrift war der EAK mit einem Diskussionsstand auf dem 26. Evangelischen Kirchentag vertreten.

Politikerinnen und Politiker aus CDU und CSU stellten sich dem Gespräch mit den Kirchentagsbesuchern, u.a.: Jochen Borchert, Michaela Geiger, Peter Hintze, Angela Merkel, Claudia Nolte, Volker Rühe, Rita Süßmuth und der frühere EAK-Bundesvorsitzende Bundespräsident Roman Herzog.

Jochen Borchert nahm in einem Pressegespräch zu Chancen und Risiken der Gentechnologie Stellung und stellte fest: „Im Agrarbereich gibt es viele sinnvolle Forschungsbereiche und Einsatzfelder für die neue Technologie. Der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt muß aber in jedem Fall absoluten Vorrang haben. Ich lehne es strikt ab, daß Tiere gezüchtet werden, die infolge gezielter genetischer Veränderungen leiden.“

Claudia Nolte äußerte sich zu Fragen von Ehe und Familie: „Ich sehe es als meine Aufgabe an, für eine Familienpolitik zu sorgen, die es jungen Paaren leichter macht, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Ich will, daß Eltern unterstützt werden, damit sie ihrer Verantwortung gegenüber Kindern voll und ganz gerecht werden können. Deshalb fordere ich alle gesellschaftlichen Kräfte auf, ihren Beitrag zu einem kinder- und familienfreundlichen Klima zu leisten.“

ges zu folgen, im Gesicht zu stehen: „nichts anderes als Gerechtigkeit tun, Freundlichkeit lieben und aufmerksam mitgehen mit deinem Gott“. In der Luther-Übersetzung heißt diese Stelle bei Micha 6,8 freilich anders: „nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig

sein vor deinem Gott“. Demut übt heute keiner mehr - darauf nahm die Kirchentagsübersetzung Rücksicht -, freundlich und aufmerksam zu sein dagegen sind anerkannte, zeitgerechte Tugenden, die zu erfüllen nur wenig Mühe machen. Die geliebte Freundlichkeit endet allenfalls bei den Sekten, deren Existenzanspruch einmütig verneint wird.

Andere, unfreundliche Dinge - wie der seit mehreren Jahren brennende Balkankrieg - werden ausgeklammert, finden jedenfalls nicht die Resonanz wie seinerzeit der NATO-Nachrüstungsbeschluß auf den Kirchentagen 1981 und 1983. Damals schien die Bereitschaft zur 'Betroffenheit' angesichts eines eschatologisch gedeuteten, unvermeidlichen Dritten Weltkrieges größer gewesen zu sein. Die Situation im ehemaligen Jugoslawien - hier wird richtig gestorben! - läßt sich mit verkündeter Sehnsucht nach Frieden und „irrationale(r) Stimmungsreligiosität“ (F.A.Z. vom 19. Juni) kaum hinreichend analysieren.

Samstagabend auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Drei Christen halten vor Halle 3 ein selbstgemaltes Plakat: „Borussia Dortmund, Deutscher Meister - für Frieden und Gerechtigkeit“. **Markt der Beliebigkeiten?** Auf dem 26. Deutschen Evangelischen Kirchentag erscheint beinahe alles - jede Aussage, jede Handlung - friedlich und gerecht. Und vieles noch dazu solidarisch, ökologisch, antirassistisch, demokratisch, moralisch, feministisch.

Gibt es noch den Mut zur Unterscheidung, zur kritischen Reflexion, zur Auseinandersetzung mit Anders- oder Nicht-Gläubigen? Oder befinden sich die evangelischen Christen auf der Suche nach einem „postmodernen Kuselgott“ (Systematiker Friedrich Wilhelm Graf)? Der Eindruck nach drei Tagen auf dem Hamburger „religiösen Supermarkt“ (Pastor Ulrich Rüß) deutet eher auf letzteres hin. Unter dem Deckmantel einer religiösen Ganzheitlichkeit werden nahezu alle theologischen Positionen bis zur Profillosigkeit pantheistisch umarmt: Alles ist irgendwie christlich. Bedarf es da noch der Mission, müssen die Menschen Christus noch zugeführt werden?

Anm.:

Sören Ross gehörte zur „Mannschaft“ des EAK-Standes.

„Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in den neuen Bundesländern“ – Eine Ausstellung in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern –

Gabriele Wurzel

Zu dem Erbe, das die neuen Bundesländer in das vereinigte Deutschland einbrachten, zählt auch eine große Zahl von Kirchenbauten. Krieg, staatliche Wirtschaft und ideologische Barrieren haben in den letzten sechs Jahrzehnten ihre Bausubstanz stark beeinträchtigt und einen enormen Nachholbedarf an Restaurierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen verursacht. Die kirchlichen Finanzierungsmöglichkeiten reichen, zumal in einer Region mit nur knapp 30 Prozent christlicher Bevölkerung, bei weitem nicht aus, um diese Aufgabe zu finanzieren.

Die Ausstellung soll auf diesen Sachverhalt aufmerksam machen und ins Bewußtsein rufen, daß Staat und Gesellschaft, die Kirchen und jeder einzelne Bürger zur Mithilfe aufgefordert sind.

Am 5. April 1995 veranstalteten die Evangelische und katholische Kirche mit Unterstützung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in Dresden eine Fachtagung zum Thema dieser Ausstellung.

Die Teilnehmer der Dresdner Fachtagung haben zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in den neuen Ländern den sogenannten Dresdner Appell verabschiedet. Darin heißt es u.a.:

„Kirchen und kirchliche Kunstschatze sind über die kirchengemeindliche Nutzung hinaus einzigartige Kulturdenkmäler. Sie sind Ausdruck unserer gemeinsamen europäischen Vergangenheit, Zeugnis des Glaubens unserer Vorfahren und Dokumente unserer Orts-, Kirchen- und Kulturgeschichte. Dadurch sind sie sichtbar gewordenes Gedächtnis sowie Teil unserer Kulturland-

schaft und ein lebendiges Stück Heimat.“

Dem Dresdner Appell zufolge ist die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in den neuen Ländern - Fachleute sprechen hier von einer benötigten Summe von über 10 Mrd. DM - eine gemeinsame Aufgabe von Kirche, Staat und Gesellschaft und eine Verpflichtung gegenüber unserer geistigen, kulturellen und damit auch politischen Zukunft. Um weitere Substanzverluste zu verhindern, seien auch ungewöhnliche Initiativen unerlässlich. Klar geworden ist in Dresden auch, daß keine der zur Hilfe verpflichteten Seiten, daß weder Kirche noch Staat über genügend Mittel verfügt. Mehr Geld konnten in Dresden weder Bundesbauminister Töpfer noch die anwesenden Landesminister aus Sachsen oder Brandenburg versprechen.

Daß ein erheblicher Nachholbedarf nicht nur in diesem Bereich besteht, sondern nahezu aus allen Ebenen, z.B. bei Altenheimen und Krankenhäusern, Schulbauten und Sportstätten, macht die Sache nicht leichter. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern sich nur knapp 30 Prozent der Bevölkerung zum christlichen Glauben bekennen, in Mecklenburg-Vorpommern sind es noch weniger. Die Unterstützung für die Kirchen ist begrenzt.

Für das Anliegen „Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in den neuen Bun-

desländern“ bedeutet dies, daß alle Beteiligten sich bei der Suche nach ungewöhnlichen Initiativen, nach neuen Ideen noch mehr anstrengen müssen, um argumentativ und überzeugend zu werben, auch bei den nicht kirchlich Gebundenen.

Diejenigen, die oft unter großen Mühen in Landeskirchen und ihren Gemeinden in den letzten 60 Jahren Reparaturen durchgeführt haben, dürfen sich nicht zurücklehnen und jetzt auf die anderen verweisen. Die Ortskirchen, die politischen Gemeinden vor Ort, die Landeskirchen und Bistümer, die Länder und der Bund, die vielfältigen Kräfte in unserer Gesellschaft müssen sich zu einer konzentrierten Aktion verständigen. Die FAZ hat ihren Artikel über die Dresdner Tagung überschrieben „Die Politik, die Kirchen oder die Bürger?“ Ich glaube, es geht nur, wenn alle sich angesprochen fühlen.

Die Säkularisation schreitet leider auch in den westlichen Bundesländern voran, wenn man bedenkt, daß schon heute in manchen Schulklassen - nicht nur in Hamburg oder Bremen - nur noch die Hälfte der Schüler getauft ist.

Und dennoch behalten die Kirchenbauten nicht nur als Denkmal der Geschichte, als Teil unserer Kulturlandschaft, als Kunstwerk, als Ausdruck der christlichen Tradition, als lebendiges Stück Heimat ihren Sinn. Kirchen sind für den Christen Manifestation der Zuwendung Gottes zum Menschen wie auch des menschlichen Strebens zu Gott (so die Charta der Villa Vigoni zum Schutz der kirchlichen Kulturgüter vom 1. März 1994).

Aber auch ohne christlichen Hintergrund: Sakralbauten machen nachdenklich, verweisen irgendwie auf Grenzen des Menschen, bedeuten ein Innehalten, das Aufhalten eines allzu schnellen Laufs im Tagesgeschäft, in der weltlichen Geschäftigkeit; Kirchen sind ein Ort der Ruhe, der Sammlung, auch ein Ort für den Suchenden. Sie können also auch insoweit für den Nichtgläubigen einen Sinn darstellen. ■

Anm.:

Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel
ist die Bevollmächtigte des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Klaus Lefringhausen:
Ethik des Wirtschaftens,
ein Lese- und Arbeitsbuch
zum Abenteuer des Alltags.
Bd. 3 der Reihe
„Texte zur Wirtschafts- und
Sozialethik“, EB-Verlag,
Hamburg-Berlin 1995,
192 Seiten

Entweder ist Ethik, insbesondere evangelische Ethik, zu rigoristisch und anklägerisch, oder zu dogmatisch und abstrakt, oder sie verwechselt politische Ermessungsfragen mit nicht verhandelbaren Prinzipien. Jedenfalls ist es oft schwer, ihr Politikfähiges zu entnehmen. Was so alles im Namen überlegener Moral und höherem Problembewußtsein gefordert wird, nährt überdies den Verdacht, es ginge manchmal mehr um ethische Selbstdarstellung als um Problemlösung.

Um so erfreulicher ist der vorliegende Ethikband. Es ist keine verkündete, sondern erzählte Ethik, denn der Autor verbindet Sachkunde mit dem literarischen Reiz von Dialogen, er holt Sokrates in die Gegenwart, versucht den Rückblick aus vorweggenommener Zukunft, kurz: er beschreitet methodisch neue und interessante Wege, die den Band sehr lesbar und anregend machen und zudem ein breiteres Spektrum von Aspekten lebendig werden lassen, als es die universitäre Fachethik gewöhnlich schafft. Lefringhausen ist nicht nur Anwalt der Sache, um die es der Ethik geht, sondern auch Anwalt des Lesers, dem er nicht unverdauliche Steine statt Brot vorsetzen will.

Er hat eine bunte Sammlung von 30 Kurzgeschichten vorgelegt. Dazu gehören Themen wie der Umgang mit der Zeit (Gespräch mit dem Ter-

minkalender), der tägliche Boxkampf um Kompetenzen (der neue Schreibtisch), Wohltat und Gewalttat des Ordners (der Ordner, Marke Leitz), die verändernde Kraft der Technik (Erich und die Technik), die Wirtschaftsordnung (Sir Adam Smith, ich frage Sie ...) und die „Ethik des Schreibstifts“.

Mit nachdenklichem Schmunkeln liest man die Geschichte des Problems, das krankenhauserreif behandelt wird, den Dialog des Personalchefs mit dem wiedergekommenen Sokrates, die Beschreibung des Sitzmenschen und seines Weltbildes und den Dialog des Managers mit einem Chagall-Bild.

Hinzu kommen aktualisierte biblische Themen wie der Dialog der verlorenen Söhne, das Tagebuch des Zachäus, der Führungsstil des Herrn Moses und der Aufruf: Auf, nach Babel!

Die Fragen und Beispiele beschränken sich keineswegs auf die individuelle ethische Ebene. So gibt ein spannend zu lesendes Kapitel „Geschichtsschreibung anno domini 2095“, das rückblickend die Folgen von Unterlassungen schildert, das verbändeethische „Schlußwort des Angeklagten“, den „Sokrates als Entwicklungsminister“ und den Großinquisitor, der sich als Repräsentant der Risikogesellschaft mit dem wiedergekommenen Jesus auseinandersetzt.

Nicht nur der Erzählstil in geschliffener Sprache, auch der methodische Weg ist neu und faszinierend. Es geht nicht um abstrakte Wertbegriffe, an denen die Wirklichkeit gemessen und notorisch für zu leicht befunden wird,

sondern Lefringhausen geht von der Alltagswirklichkeit aus. Er deckt, wie er sagt, „das Problem hinter den Problemen auf“ und fragt von der konkreten Situation zurück nach der Wertekonstellation, die für die jeweils konkrete Situation aktuell ist.

Das ist methodisch nicht nur ergiebiger, sondern, da der Leser in jede Erzählung mit hineingenommen ist, auch menschenfreundlicher, zumutbarer und animiert, das allzu Gewöhnliche des Alltags künftig ungewöhnlich zu tun, weil der Hintergrund aufgedeckt ist und Raum für eine Spiritualität des Alltäglichen entsteht.

So wird der Leser auf Entdeckungsreise geführt - zu sich selbst, in sein nahes Umfeld, dann aber auch zu den bedrängenden Fragen, die zum Problemstau der Menschheit gehören.

Wer bisher glaubte, Ethik-Literatur sei humorlos und sei von der Atmosphäre des Gerichtssaales geprägt, der wird in diesem Band finden, daß Ethik vor allem Ermutigung, Ermüdung und Zuspruch ist, denn „wer von einem Überschuß an Bejahung herkommt, kann sich nicht auf eine Ethik der Verneinung spezialisieren“. Er wird selbst bei kritischen Themen etwas von der Menschenfreundlichkeit dessen durchscheinen lassen, von dessen bedingungslosem Jawort der Glaube lebt.

Es gibt Firmen, die einen früheren, ebenfalls sehr leserfreundlichen Band des Autors zur Pflichtlektüre leitender Mitarbeiter gemacht haben. Diesem Band wird es ähnlich gehen. ■

Heinz Reichmann

„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“

Dresden. Das 4. Dresdner Gemeindegespräch des Evangelischen Arbeitskreises galt dem Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen und wurde durch die kritischen einführenden Vorträge des Staatssekretärs **Dr. jur. Albin Nees** aus dem Sozialministerium und des Direktors des Diakonischen Werkes Dresden, Pfarrer **Harald Bretschneider** geprägt.

Dr. Nees appellierte eingangs daran, die wirtschaftliche und soziale Lage im realen Umfeld zu betrachten: Deutschland wird allen Kassandrarufern zum Trotz in der Welt als Muster eines Sozialstaates anerkannt. Die folgenden fünf Problemfelder seien im „Kirchenpapier“ zwar richtig und gut, aber nicht vollständig und ausgewogen dargestellt:

– Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die „bloße soziale Sicherung von Menschen, die keine Arbeit haben, ist notwendig, aber auch nur Notbehelf“, dessen Grenzen erreicht sind. Teilung der Arbeit, gerechtere Verteilung und Innovation von Produkten und Produktion sind die wichtigsten Auswege in Europa. Der Weg aus der Arbeitslosigkeit bedeutet aber nicht, daß jeder seine Wunsch-Arbeit bekommen werde.

– Stärkung der Familien: Ehe und Familie sind die stabile Urzelle aller Solidargemeinschaft, in der umfassend Sozialverhalten gelebt und gelehrt wird. Der Familienlastenausgleich muß so gestaltet werden, daß Familie und Ehe gegenüber anderen Formen des Zusammenlebens nicht länger benachteiligt sind.

– Konsolidierung des Sozialstaates: In den Zeiten der Hochkonjunktur hat die soziale Marktwirtschaft ganz ausgezeichnet funktioniert: Die Einkünfte der Arbeitslosenversicherung flossen reichlich und gaben Anlaß zu vielen Sonderleistungen und Begünstigungen der Art, so daß fast jede Interessentengruppe durch Gesetzeskraft gesonderte Zuführungen bekam. Die Konsolidierung des Sozialstaates ist daher wesentlich mit dem Abbau von nicht mehr möglichen oder mehr gerechtfertigten, insgesamt nicht mehr vertretbaren Leistungen verbunden.

– Der Armut entgegenwirken: Wer in Deutschland unterhalb der nun definierten „Armuts-grenze“ lebt, ist im Gegensatz zu anderen Ländern in keiner Weise in seiner Existenz gefährdet. Armut im internationalen Sinne gibt es in Deutschland kaum. Man muß bei allen Sozialleistungen sorgfältig unterscheiden zwischen echter Hilfsbedürftigkeit (etwa Behinderte, Kranke, Menschen in (un)verschuldeter Notlage) und wohlstandsorientierten Ansprüchen.

– Bewahrung der Schöpfung: Wir müssen lernen, Einschränkungen hinzunehmen zum allgemeinen Nutzen der einen Welt.

Pfarrer Harald Bretschneider stimmte den obigen kritischen Anmerkungen zu und ergänzte in seinem Vortrag, daß sich für ihn bei aller Notwendigkeit und Wichtigkeit des vorgelegten Diskussionspapiers die Frage nach der theologischen Richtigkeit stelle: Wichtiger Grundsatz des Evangeliums sei die christliche Nächstenliebe, aber es drohe, wie in schon so vielen Kulturkreisen, daß die Gesellschaft am Eigennutz zugrunde gehe. Aus theologischer Sicht seien nicht allein

Anfragen an die Verlässlichkeit des Sozialsystems, sondern Grundfragen an das System selbst zu stellen, etwa, warum die Kluft zwischen Armen und Reichen sowohl innerhalb des Landes als auch übernational wachse.

Bischof Wolfgang Huber im Gespräch mit dem EAK

Berlin. Das Gespräch zwischen dem EAK der CDU/CSU in Berlin und Brandenburg und dem Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin/Brandenburg, Herrn Prof. Dr. **Wolfgang Huber** war geprägt von Sorge, die uns die derzeitige Entwicklung in unserer Kirche macht.

Zur Sprache kam weiterhin, daß der kämpferische Antitheismus der SED verbunden mit diktatorischer Beherrschung der gesamten veröffentlichten Meinung in der Ex-DDR und einer ökonomischen, wie auch bildungspolitischen Diskriminierung breiter christlicher Bevölkerungsteile, eine teilweise Entchristlichung in Brandenburg und dem ehemaligen Ostberlin, wie überhaupt in allen neuen Bundesländern herbeigeführt hat. Gerade auf diesem Felde waren die Einheitsozialisten besonders effizient.

Gleichzeitig nehmen heute in der ehemaligen Westregion unserer Kirche, im ehemaligen Westberlin, Tendenzen von Kirchenferne bei immer größeren Bevölkerungsteilen erschreckend zu. Das zeigt sich unter anderem bei monitären Entscheidungen, wie bei Kirchenaustritten im Zu-

Einladung des EAK- Rotenburg (Wümme)

Am 5./6. August 1995

wollen wir eine Studienfahrt nach Sachsen-Anhalt durchführen, um die Ev. Kirchengemeinde Schönhäusen zu besuchen.

Außerdem wollen wir alte romanische Kirchen besichtigen.

Informationen:

Albert Rathjen, Kiefernstraße 5. 27432 Bremervörde,
Tel. 04761/6686

Die Kosten für Busfahrt, Unterkunft, Mittag- und Abendessen, Kaffeetafel und Führungen betragen etwa 240,- DM pro Person.

ge der Wiedereinführung des Solidaritätsbeitrages. Der Bischof sieht hier die Politik mit in der Verantwortung sie dürfe solche Prozesse nicht noch durch unachtsames Handeln, siehe auch Feiertagsstreichungen, fördern. Dem wurde aber auch entgegengehalten, daß solche Entscheidungen der Menschen nur dann möglich werden, wenn ihre Bindungen an die Kirche bereits stark zerrüttet sind.

„Aus der Befreiung leben“

Bonn. Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, war Gast des 27. Bonner Theologischen Gesprächs des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. **Peter Hintze**

leitete den Abend, der unter dem Thema stand: „Aus der Befreiung leben“.

Ignatz Bubis erzählte eindrücklich aus seinem Leben, er schilderte das Schicksal von Freunden und Familienangehörigen und machte deutlich, wie unterschiedlich 1945 Befreiung erfahren werden konnte.

Positiv würdigte Bubis den Dialog mit den christlichen Kirchen. Aus seiner Sicht ist es notwendig, in dieses Gespräch künftig auch den Islam miteinzubeziehen. Abschließend sprach Ignatz Bubis von der heilenden Kraft des Erinnerns. Wer sich nicht erinnert, wird nicht frei für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft. Sein größter Wunsch bleibt das unbefangene Miteinander von Menschen, auch von Juden und Christen in Deutschland.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet · Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

35. EAK-Bundestagung 27.-28. Oktober 1995

Vorläufiger Ablauf der 35. EAK-Bundestagung 27.-28. Oktober 1995, Augustinerkloster, Erfurt

Freitag, 27.10.1995:

- 14 Uhr Sitzung des Bundesarbeitskreises
(Neuwahl des Bundesvorstandes)
(nur für Delegierte mit gesonderter Einladung)
- 19 Uhr Grußworte
u.a. Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Erfurt
- Vortrag: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**
- 21 Uhr Abend der Begegnung

Samstag, 28.10.1995:

Themenschwerpunkt:

„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“
Diskussion zum Konsultationspapier der beiden Kirchen

- 9 Uhr Geistliches Wort
- 9.30 Uhr 2 Arbeitsgruppen zum Kirchenpapier
1. Themenbereich Arbeit
2. Themenbereich Familie
- 12 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- anschließend Gelegenheit zur Stadtführung und Dombesichtigung

Unsere Autoren:

Bundesministerin
Claudia Nolte, MdB
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn

Monika Baumhauer
Rathausallee 12
53757 St. Augustin

Ulrike Krause
Bödekerstr. 59
30161 Hannover

Sören Roos
Rochusstr. 1
53123 Bonn

Gabriele Wurzel
Godesberger Allee 18
53175 Bonn